drucken | speichern unter | vergrößern

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

Investitionsbank des Landes Brandenburg ILB

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfers und von Maßnahmen des Clustermanagements

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Eingangsstempel der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Förderbereich Wirtschaft
Referat Innovation
Postfach 60 08 07
14408 Potsdam

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Bezeichnung

Bezeichnung des Antragstellers

Gründungsdatum

Rechtsform

nur für natürliche Personen (inklusive EinzelunternehmerInnen und FreiberuflerInnen)

Steuer-Identifikationsnummer 11-stellig

für alle nicht natürlichen Personen (insbesondere für juristische Personen und Personengesellschaften) sowie natürliche Personen, die keine Steuer-Identifikationsnummer besitzen

			/				/						

Steuernummer

1.2 Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Homepage (URL)

1.3 Betriebsstätte/Niederlassung (nur ausfüllen, falls die Anschrift nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

☐ Identisch mit dem Hauptsitz

Straße und Hausnummer | PLZ | Ort

Telefonnummer mit Vorwahl | Faxnummer mit Vorwahl | E-Mail-Adresse

1.4 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name | Vorname | Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl | Faxnummer mit Vorwahl | E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name | Vorname | Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl | Faxnummer mit Vorwahl | E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name | Vorname | Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl | Faxnummer mit Vorwahl | E-Mail-Adresse

1.5 Bevollmächtigte(r)

☐ kein(e) Bevollmächtigte(r)

Bevollmächtigte(r)

Name | Vorname | Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung

Telefonnummer mit Vorwahl | Faxnummer mit Vorwahl | E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.6 Branche (gemäß "Klassifikation der Wirtschaftszweige")

Art der Tätigkeit	Branchenschlüssel

1.7 Auftraggebereigenschaft (nicht ausfüllen, wenn nur Personalausgaben zur Förderung beantragt werden)

Bei dem Antragsteller handelt es sich um einen Auftraggeber im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Darunter fallen öffentliche Auftraggeber (§ 99 GWB), Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB) und Konzessionsgeber (§ 101 GWB).

☐ ja

☐ nein

Die Anlage „Auftraggebereigenschaft“ und das Merkblatt zu den Vergabebestimmungen sind auf www.ilb.de verfügbar.

Eine unzutreffende Einordnung, kein Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB zu sein, sowie daraus folgende Verstöße gegen Regelungen und Nebenbestimmungen eines eventuellen Zuwendungsbescheides können zur teilweisen oder vollständigen Kürzung oder Rückforderung der Zuwendung führen. Es wird empfohlen, sich in Zweifelsfällen zum Status eines Auftraggebers im Sinne des § 98 GWB fachkundig beraten zu lassen. Gegebenenfalls sind vom Antragsteller aussagekräftige Dokumente wie bspw. eine Bestätigung der jeweiligen Aufsicht oder ein Rechtsgutachten einzureichen.

1.8 Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeit

Der Antragsteller ist

☐ ausschließlich wirtschaftlich tätig.

☐ ausschließlich nichtwirtschaftlich tätig.

☐ wirtschaftlich und nichtwirtschaftlich tätig.

- ☐ Die zur Förderung beantragte Maßnahme wird im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.
- ☐ Die zur Förderung beantragte Maßnahme wird im Rahmen der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.
- ☐ Die zur Förderung beantragte Maßnahme wird im Rahmen der wirtschaftlichen und der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.

Das Merkblatt "Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Tätigkeit" ist auf www.ilb.de verfügbar.

1.9 Unternehmen in Schwierigkeiten

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein "Unternehmen in Schwierigkeiten".

☐ ja

Das Unternehmen ist in der Zeit vom 01.01.2020 bis einschließlich 31.12.2021 in Schwierigkeiten geraten.

- ☐ ja
- ☐ nein

☐ nein

Das Merkblatt "Unternehmen in Schwierigkeiten" ist auf www.ilb.de verfügbar.

1.10 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

☐ ja (Bezeichnung des Systems: _____)

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

☐ ja

☐ nein

☐ nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Art der Maßnahme

☐ Förderung von Clustermanagementvorhaben

☐ Förderung von Wissens- und Technologietransferstellen an Forschungseinrichtungen

☐ Förderung von Kompetenzzentren, die als Wissens- und Technologietransferstellen an Forschungseinrichtungen eingerichtet sind und Themen aus den Masterplänen der innoBB plus landesweit bündeln

☐ Förderung von standortbezogenen Wissens- und Technologietransferstellen

☐ sonstige Projekte (Förderfähig sind ausschließlich von Standardtätigkeiten abgehobene, zeitlich begrenzte (grundsätzlich höchstens 12 Monate), ergebnisorientierte Projekte, die die Umsetzung der innoBB plus begünstigen.)

2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

_____

2.3 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag		Monat		Jahr	

Beginn Durchführungszeitraum

Tag		Monat		Jahr	

Ende Durchführungszeitraum

Hinweis: Der Durchführungszeitraum darf den 31.12.2022 nicht überschreiten.

Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Es wird die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme beantragt.

☐ ja (Der Antrag ist nachfolgend zu begründen.)

☐ nein

Begründung:

2.4 Maßnahmebeschreibung

Bitte eine detaillierte Maßnahmebeschreibung als separate Anlage beifügen.

2.5 Geplante Informations- und Kommunikationsmaßnahmen

Bitte beschreiben Sie die im Rahmen der Durchführung der Maßnahme geplanten Informations- und Kommunikationsmaßnahmen.

Das Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2.6 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen (nicht ausfüllen, wenn nur Personalausgaben zur Förderung beantragt werden)

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

☐ ja

☐ nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU" ist auf www.ilb.de verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

2.7 Binnenmarktrelevanz bei Auftragsvergaben (nur ausfüllen, wenn es sich beim Antragsteller um einen Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB handelt und wenn nicht nur Personalausgaben zur Förderung beantragt werden)

Es wurden vor der Antragstellung Aufträge für Bauleistungen bzw. für Liefer- und Dienstleistungen und/oder für freiberufliche Leistungen vergeben.

☐ nein

☐ ja

Bei diesen Vergaben wurde die Pflicht zur Veröffentlichung unter Beachtung der Binnenmarktrelevanz eingehalten.

☐ ja

☐ nein

Das Merkblatt "Vergabebestimmungen - Kofinanzierung mit EU-Mitteln" ist auf www.ilb.de verfügbar.

Hinweis: Erfolgte trotz des Vorliegens der Binnenmarktrelevanz keine Veröffentlichung der Vergabe, unterliegt diese Vergabe einer Finanzkorrektur. Die entsprechend geplanten Ausgaben aus dieser Auftragsvergabe können nicht als zuwendungsfähig anerkannt werden.

2.8 Clusterzuordnung[1]

- ☐ Energietechnik
- ☐ Gesundheitswirtschaft
- ☐ IKT/Medien-/Kreativwirtschaft
- ☐ Verkehr/Mobilität/Logistik
- ☐ Optik/Photonik
- ☐ Ernährungswirtschaft
- ☐ Kunststoffe/Chemie
- ☐ Metall
- ☐ Tourismus

und Zuordnung zu den im Masterplan genannten Themen mit Angabe der detaillierten Fundstelle (Angabe Seitenzahl) und Begründung der Einordnung

2.9 Indikatoren

nur bei Clustermanagementvorhaben:

Anzahl der durch das Clustermanagement initiierten FuEuI-Verbundprojekte[2]: _____

bei allen anderen Fördermaßnahmen:

Anzahl der initiierten FuEuI-Projekte[3]: _____

2.10 Einnahmen schaffendes Projekt

Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um ein Einnahmen schaffendes Projekt.

- ☐ ja
- ☐ nein

Das Merkblatt "Einnahmen schaffende Projekte" ist auf www.ilb.de verfügbar.

[1] Die Regionale Innovationsstrategie des Landes Brandenburg (innoBB plus) zielt auf den Auf- und Ausbau von Clustern mit hohem Entwicklungspotenzial ab. Weitere Informationen zur Regionalen Innovationsstrategie des Landes Brandenburg können Sie der Website des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) https://mwae.brandenburg.de entnehmen.

[2] Verbundprojekte im Sinne der Förderrichtlinie sind durch das Clustermanagement initiierte Projekte mit dem Ziel der Forschung, Entwicklung und Innovation zwischen mindestens zwei rechtlich voneinander unabhängigen, eigenständigen im Projekt kooperierenden Partnern. Die Partner innerhalb des Projektes sind Hochschulen oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen auf der einen Seite und private Unternehmen auf der anderen Seite. Die Partner schließen einen Kooperationsvertrag ab, der die Basis der Kooperation bildet. Der erfolgreiche Abschluss des FuEuI-Verbundprojekts hängt von vielen Faktoren ab und kann bei der Initiierung des Vorhabens nicht beeinflusst werden. Er stellt somit auch keine Bedingung für die Zählung des Indikators dar.

[3] Projekte, die auf Initiative des Antragstellers im Rahmen der Fördermaßnahme entstehen und von Dritten durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um FuEuI-Projekt zwischen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

2.11 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel aus den Programmen _____

_____

bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

☐ ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)

☐ nein

2.12 Rückforderungsansprüche wegen Produktionsverlagerung

Die Maßnahme beinhaltet Aktivitäten, für die infolge einer Tätigkeits- oder Produktionsverlagerung außerhalb des Landes Brandenburg Rückforderungsansprüche bzgl. EU-Mitteln eingeleitet wurden oder werden.

☐ nein

2.13 Ausgaben[4]

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

☐ ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)

☐ nein (Geeigneter Nachweis ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberater, o. ä.)

☐ teilweise (Geeigneter Nachweis für den nicht vorsteuerabzugsberechtigten Anteil ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberater, o. ä.)

Der Antragsteller beantragt die Förderung von indirekten Ausgaben (Gemeinkosten) in Form

☐ eines Gemeinkostenzuschlagssatzes

☐ eines Pauschalsatzes i. H. v. 15 %.

Hinweis: Durch die Umsetzung eines Vorhabens entstehende indirekte Ausgaben werden in Höhe einer Pauschale von 15 Prozent der nachgewiesenen zuwendungsfähigen direkten Personalausgaben abgegolten. Ein gesonderter Nachweis der indirekten Ausgaben ist hierfür nicht erforderlich.

Ausgaben			zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Personal-ausgaben Anzahl	Stellenbezeich-nung mit Angabe zur Eingruppie-rung nach TV-L Ost	prozentualer Anteil (bezogen auf eine Voll-zeitstelle)			
	Projektleiter (TV-L: _____)				0,00
	Projektmitarbeiter (TV-L: _____)				0,00
	Projektassistenz (TV-L: _____)				0,00
		Zwischensumme	0,00	0,00	0,00
Indirekte Projektausgaben					0,00
Projektspezifische Qualifizierungsmaßnahmen für im Projekt geförderte Mitarbeiter					0,00
Investitionsausgaben für projektbezogene Anlagen und Geräte					0,00
Sachausgaben					0,00
Gesamtausgaben			0,00	0,00	0,00

[4] Bei mehrjährigen Projekten ist eine Aufschlüsselung der Ausgaben für die einzelnen Projektjahre vorzunehmen und dem Antrag beizufügen.

2.14 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Beantragter Zuschuss			0,00
Sonstige Finanzierung			0,00
Eigenmittel des Antragstellers			0,00
Einnahmen, die mit der Maßnahme in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen			0,00
Summe	0,00	0,00	0,00
Gesamtfinanzierung	0,00		

2.15 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss	

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch ☒ bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

3.1 nicht vor Erlass des Zuwendungsbescheides durch die ILB mit der Maßnahme begonnen wird,

Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder das Leisten von Projektstunden zu werten.

3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

3.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de. verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

3.4 keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der er nicht nachgekommen ist.

3.5 die Maßnahme ohne die Zuwendung nicht oder nur mit erheblichem Zeitverlust durchgeführt werden kann.

3.6 durch die geplanten Aktivitäten im Rahmen der Fördermaßnahme kein direkter oder indirekter Wettbewerbsvorteil bei einzelnen Unternehmen erwächst.

3.7 ihm keine (weiteren) regionalen oder überregionalen Förderprogramme - auch nicht aus dem ESF - bekannt sind, welche zur Finanzierung der Maßnahme in Frage kommen würden.

☐ Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.7.

3.8 ☐ Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Der Antragsteller erklärt, dass

3.9 ihm bekannt ist, dass sich an der beantragten Finanzierungshilfe der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Fall die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 in der jeweils gültigen Fassung Anwendung finden.

3.10 ihm bekannt ist, dass im Falle der Gewährung einer Zuwendung folgende Daten der Maßnahme auf der Website www.efre.brandenburg.de veröffentlicht werden:

a) Name des Begünstigten (ausgeschlossen: natürliche Personen, die nicht wirtschaftlich tätig sind)

b) Bezeichnung der Maßnahme

c) Zusammenfassung der Maßnahme

d) Datum des Beginns der Maßnahme

e) Datum des Endes der Maßnahme (voraussichtliches Datum des Abschlusses der konkreten Arbeiten oder der vollständigen Durchführung der Maßnahme)

f) Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben der Maßnahme

g) Kofinanzierungssatz der Europäischen Union pro Prioritätsachse des jeweiligen Operationellen Programms des Landes Brandenburg

h) Postleitzahl der Maßnahme oder andere angemessene Standortindikatoren

i) Land

j) Bezeichnung der Interventionskategorie für die Maßnahme

Zusätzlich werden für die Vorstellung von Förderbeispielen der Gesamtbetrag der Ausgaben sowie die Höhe der Zuwendung und davon die Höhe der Kofinanzierung der EU veröffentlicht.

3.11 ihm bekannt ist, dass im Falle einer Gewährung einer Zuwendung besondere Informations- und Kommunikationsvorschriften einzuhalten sind.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" wurde zur Kenntnis genommen.

3.12 im Falle der Gewährung einer Zuwendung die Querschnittsziele

- "Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung" und
- "Nachhaltige Entwicklung"

Berücksichtigung finden.

Die auf www.ilb.de verfügbaren Merkblätter "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014-2020" und "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Nachhaltige Entwicklung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014-2020" wurden zur Kenntnis genommen.

☐ Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.9 bis 3.12.

3.13 ☐ Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind

- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere AN-Best-P/ANBest-G/ANBest-Strukturfonds 2014-2020/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf

☐ Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

5 Hinweis zur Meldepflicht

Die ILB ist gesetzlich verpflichtet, zur Sicherstellung der Besteuerung den Finanzbehörden die an Sie geleisteten Zahlungen mitzuteilen.

Hierzu übermitteln wir: Name, Anschrift, Geburtsdatum (bei natürlichen Personen), Steuer- bzw. Steueridentifikationsnummer, Datum und Höhe der Zahlung.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

ANTRAG AUF GEWÄHRUNG EINER ZUWENDUNG

aus dem Programm zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfer und von Maßnahmen des Clustermanagements

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch ☒ zu kennzeichnen.)

Zur fachlichen Beurteilung[5] der Maßnahme sind folgende Unterlagen einzureichen:

☐ Maßnahmebeschreibung inkl. einer Darstellung der zeitlichen Abfolge

- Beschreibung der geplanten Transfermaßnahmen und deren zielgruppenorientierte Umsetzung unter Bezugnahme auf die clusterrelevanten Themen der innoBB plus
- Aussagen zur Ausrichtung der Maßnahmen und Aktivitäten an den Inhalten der Masterpläne in den Clustern der innoBB plus (inkl. Regionalisierung)
- Kurzdarstellung der eigenen strategischen Zielsetzung der Transferarbeiten im Vorhaben
- Aussagen zur zeitlichen Abfolge und Quantität der geplanten Transfermaßnahmen

☐ Darstellung der Zusammenarbeit mit Akteuren in den relevanten Clustern

☐ Ausgaben- und Finanzierungsplan pro Projektjahr (für mehrjährige Projekte)

☐ Kalkulationsgrundlage der beantragten Ausgaben

☐ Kompetenznachweis der geplanten Mitarbeiter sowie Darstellung der jeweiligen Tätigkeiten im Vorhaben (Stellenbeschreibung)

☐ Namen des Projektleiters und der Projektmitarbeiter, der Assistenz mit Entwürfen der Anstellungsverträge

☐ Formular zum Einnahme schaffenden Projekt - wenn relevant

☐ Darstellung der buchhalterischen Trennung der nicht wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten

☐ Vollmacht(en)

☐ Nachweis zur Befreiung vom Vorsteuerabzug - sofern für die beantragte Maßnahme zutreffend

☐ Anlage "Auftraggebereigenschaft" - bei Bedarf

Zusätzlich für Maßnahmen nach Ziffer 5.2.2 a (Hochschultransferstellen)

☐ Bestätigung des Antragstellers, dass für jegliche Maßnahmen und Personaleinsatz ein Bezug zu den adressierten Clustern und Querschnittsthemen hergestellt wird

☐ separate Bestätigung, dass für das Vorhaben erforderliche Eigen- und Sachmittel (insbesondere für Büroinfrastruktur, Reiseausgaben der Transfermitarbeiter etc.) von der Forschungseinrichtung in angemessenem Umfang zur Verfügung gestellt werden

Zusätzlich für Maßnahmen nach Ziffer 5.2.2 a (Hochschultransferstellen), 5.2.2 b (Kompetenzzentren an Forschungseinrichtungen, 5.2.2 c (standortbezogene Wissens- und Technologietransferstellen) und 5.2.2. d (sonstige Projekte)

☐ Darstellung des für die in der innoBB plus benannten Cluster relevanten Forschungsprofils des Antragstellers

☐ Bestätigung der fachlichen Abstimmungen (gemäß Anlage)

Zusätzlich für Maßnahmen nach Ziffer 5.2.1, 5.2.2 b, 5.2.2 c und 5.2.2 d

☐ Interner Weiterbildungsplan inkl. Begründung der Ausgaben (soweit zutreffend)

---

[5] Bei auftretenden Fragen steht Ihnen die zuständige Geschäftsstelle der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH jederzeit zur Verfügung.

Zur Darstellung der gesellschafts- und eigentumsrechtlichen Verhältnisse sind einzureichen (sofern der ILB noch nicht vorliegend):

- ☐ Gesellschaftsvertrag/Satzung
- ☐ Miet-/Pachtvertrag/Eigentumsnachweis
- ☐ aktueller Handels-/Vereinsregisterauszug
- ☐ Jahresabschlüsse der letzten 2 Geschäftsjahre

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

ANLAGE ZUM ANTRAG AUF GEWÄHRUNG ZUWENDUNG

aus dem Programm zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfer und von Maßnahmen des Clustermanagements

Antragsteller: _____

Antrag vom: _____

Bestätigung der fachlichen Abstimmung

Die fachliche Abstimmung erfolgte am _____ durch Herrn/Frau _____

(WFBB GmbH, Geschäftsstelle _____)

mit folgendem Inhalt _____

_____

_____

Besondere Bemerkungen/Votum:

_____

_____

_____

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift des/der Bearbeiters/Bearbeiterin/Stempel der WFBB GmbH